Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
8. öffentliche Sitzung des Ausschusses zur Weiterentwicklung der Steglitzer Schloßstraße

Sitzungstermin:	Donnerstag, 30.09.2004
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	17:30 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Herr Kopp, Norbert	CDU
Frau Martienßen, Marina	CDU
Herr Rögner-Francke, René	CDU
Herr Rolle, Oliver	CDU
Frau Grund, Marie-Luise	SPD
Herr Karnetzki, Michael	SPD
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Müller, Norbert	SPD
Frau Dr. Kottusch-Geiseler	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Köhne, Uwe	GRÜNE (BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)
Herr Haase, J.-Carsten	SPD (St. BD)
Herr Prost, Marcus	FDP (St. BD)
Herr Boye, Matthias	GRÜNE (St. BD)

Vom Amt:
BzStR Laschinsky in Vertretung für BzStR Stäglin
Bau L Hr. Müller Ettler
Stapl 1 Fr. Lappe
Stapl 22 Hr. Drobisch
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Protokoll:

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger erschienen.

zu 2 Verkehrssituation Schloßstraße aus der Sicht der Contipark Parkgaragen GmbH

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes entfällt, da der eingeladene Vertreter der Conti Park International, Herr Torsten Sprengel, nicht anwesend ist.

zu 3 **'Maßnahmen zur Vermeidung von Durchgangsverkehr in der Schloßstraße' Abschlussbericht des Bezirksamts (verteilt in der letzten BVV bzw. als Anlage)**

Alle vier Fraktionen bedanken sich für das vorliegende und vom Fachbereich Stadtplanung erstellte Papier "Die Schloßstraße in Steglitz. Maßnahmen zur Minderung des Durchgangsverkehrs“, das die SPD-Fraktion unterstützenswert nennt. Die CDU-Fraktion erklärt, das Papier sei in seiner Analyse des bestehenden Zustands zwar eine gute Grundlage für die weitere Arbeit; es komme jedoch in den Maßnahmen, die es daraus ableite, zu den falschen Schlussfolgerungen. Dies liege daran, dass das Amt auch in diesem Falle wieder eine bestimmte politische Linie unter dem Siegel einer städtebaulichen Maßnahme umsetzen will. Dies gelte insbesondere für die im Papier befürwortete Einführung von Busspuren in der Schloßstraße, während das in diesem Zusammenhang zitierte Gutachten der Ingenieurgesellschaft Dr. Brenner und Münnich eine generelle Einrichtung von Bussonderstreifen in keiner der beiden Fahrrichtungen empfiehlt.
Die weitere Diskussion kreist vor allem um den Zweck möglicher Busspuren in der Schloßstraße – ob diese, wie BzStR Laschinsky auf Nachfrage der CDU-Fraktion bestätigt, auch der „Behinderung“ des Durchgangsverkehrs dienen sollen, oder, wie die CDU-Fraktion erklärt, die Beschleunigung des Busverkehrs zum Ziel haben. Die SPD- und die GRÜNE-Fraktion erklären, Zweck der Einführung von Busspuren sei eine sinnvolle und logische Verbindung beider Ziele, nämlich den Durchgangsverkehr zu mindern und die Busse zu beschleunigen. BzStR Laschinsky erklärt, das Amt habe den Auftrag gehabt, Möglichkeiten der Minderung bzw. Behinderung des Durchgangsverkehrs in der Schloßstraße darzustellen; dies sei geschehen. Außerdem sei das Heraushalten des PKW-Verkehrs aus der Schloßstraße bisher erklärtes Ziel aller vier Fraktionen gewesen. Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion bestätigt die CDU-Fraktion, dass sie weiterhin an der Minderung des Durchgangsverkehrs in der Schloßstraße interessiert ist.
Der Verfasser des Gutachtens, Stapl 22 Hr. Drobisch, weist darauf hin, dass in seinem Papier auch noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur Minderung des Durchgangsverkehrs in der Schloßstraße genannt werden; Bussonderstreifen seien lediglich die kostengünstigste. Die SPD-Fraktion erklärt, bei ausreichenden finanziellen Mitteln könnten auch umfangreichere Maßnahmen als nur die Einrichtung von Busspuren durchgeführt werden.

zu 4 **Arbeitsplanung**

Die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE verteilen als weitere Diskussionsgrundlage von ihnen vorbereitete Arbeitspapiere zu Maßnahmen der Umgestaltung der Schloßstraße. Die FDP-Fraktion erklärt, krankheitshalber könne ihr Papier erst in der kommenden Woche nachgereicht werden.
Die Fraktionen verständigen sich hinsichtlich der Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft, die ein gemeinsames Konsenspapier zur Umgestaltung der Schloßstraße erarbeiten, darin aber auch die Punkte nennen soll, die weiter strittig sind.
Der Ausschuss erörtert, wie mit den Anträgen verfahren werden soll, die dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen wurden. Die Fraktionen von CDU und FDP schlagen vor, dass sich zunächst der Haushaltsausschuss damit befassen soll, dessen Beschluss dann in das Konsenspapier einfließt. Die Fraktionen von SPD und GRÜNE erklären, zunächst sollte das Konsenspapier erarbeitet werden, in dessen Kenntnis der Haushaltsausschuss dann seinen Beschluss fassen könne. Der Schloßstraßenausschuss einigt sich auf den Kompromiss, dass der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 04.10.2004 die Anträge nur beraten, jedoch nichts beschließen solle.

In der weiteren Terminplanung werden Sitzungen für den 25. Oktober, den 30. November und als Ausweichtermin, falls dies nötig sein sollte, für den 10. Dezember 2004 festgelegt. Ziel des Ausschusses ist es, der BVV zu dessen Sitzung am 15. Dezember 2004 das Ergebnis der Arbeit des Schloßstraßenausschusses vorzulegen. Falls bereits bestehende Anträge *(siehe den folgenden TOP 5)* in das Konsenspapier einfließen, sollen diese Drucksachen von den Antragstellern zurückgezogen oder für erledigt erklärt werden. Neue Anträge, die kurzfristig bei der Erarbeitung des Konsenspapiers gestellt werden, sollen – wie bei den Haushaltsberatungen – auch ohne eigene Drucksachennummer als Teil dieses Papiers der BVV vorgelegt werden können.

zu 5 Anträge

zu 5.1 Etatisierung von Baumaßnahmen in der Schloßstraße
Drucksache: 640/II - Fraktionen FDP und CDU

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.2 Umgestaltung des Walther-Schreiber-Platzes
Drucksache: 643/II - Fraktionen FDP und CDU

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.3 Schaffung von Ruhe- und Verweilzonen in der Schloßstraße
Drucksache: 644/II - FDP-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.4 Parkleitsystem für die Steglitzer Schloßstraße
Drucksache: 645/II - Fraktionen FDP und CDU

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.5 Erweiterung: Etatisierung von Baumaßnahmen in der Schloßstraße
Drucksache: 673/II (neu)

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.6 Busspur Schloßstraße
Drucksache: 749/II - GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.7 Gemeinschaftswerbeanlagen auf der Schloßstraße
Drucksache: 1066/II (neu) - Fraktionen CDU und GRÜNE

Der Antragstext wird um folgende Passage ergänzt: „...und diese so aufzustellen, dass sie den Einblick und den Lauf in die Seitenstraßen nicht verstellen.“
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 5.8 Breitere Bürgersteige in der Schloßstraße-Nord
Drucksache: 1106/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.9 Busspur in der Schloßstraße-Nord
Drucksache: 1108/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.10 Durchfahrverbot für LKWs in der Schloßstraße
Drucksache: 1109/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.11 Mehr Fahrrad-Abstellmöglichkeiten in der Schloßstraße
Drucksache: 1110/II (neu) - Fraktionen SPD und GRÜNE

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.12 Private Finanzierung der Gehweggestaltung der Schloßstraße
Drucksache: 1111/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.13 Fahrspuren in der Schloßstraße-Süd
Drucksache: 1112/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.14 Tempo 30 in der Schloßstraße
Drucksache: 1113/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.15 Parkspur in der Schloßstraße-Süd wird Bürgersteig
Drucksache: 1116/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.16 Unterstützung Arbeitsgemeinschaft Schloßstraße
Drucksache: 1120/II - GRÜNE-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 5.17 Finanzierungskonzept Schloßstraßenumbau
Drucksache: 1229/II - GRÜNE

Der Antrag wird vertagt.

zu 6 Verschiedenes

1. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Laschinsky, auf der ihm bekannten Liste mit den beabsichtigten bundesweiten Schließungen von Häusern des Karstadt-Quelle-Konzerns seien die Steglitzer Käufhäuser nicht aufgeführt. Er gehe daher davon aus, dass sie erhalten bleiben. Das Amt werde bei dem Konzern anfragen, ob die geplanten Umbaumaßnahmen weiter durchgeführt werden sollen.

2. Die Fraktion GRÜNE bittet, Vertreter des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg sowie den Investor des ehemaligen Hertie-Kaufhauses zur November-Sitzung des Ausschusses einzuladen, um Näheres über die Planungen für diesen Teil der Schloßstraße zu erfahren.

Hampel
Schriftführer

Grund
Ausschussvorsitzende